



eXchange e. V. Altperverstr. 7, 29410 Salzwedel
Herrn Michael Ziche
Landrat des Altmarkkreises Salzwedel
Karl-Marx-Str. 32
29410 Salzwedel

eXchange e. V.
Altperverstr. 7
29410 Salzwedel

email: exchange-verein@gmx.de

06.04.20

Offener Brief: Aktuelle Situation der Geflüchteten in Salzwedel

Sehr geehrter Herr Ziche,

die Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona Pandemie betreffen dieser Tage alle Bürger*innen. Besonders hart treffen sie jedoch die Menschen, die auch sonst in prekären Umständen leben: Arme Menschen, obdachlose Menschen, Menschen im Alter, Menschen mit Erkrankungen, Behinderungen und geflüchtete Menschen. Viel Geld wird nun zur Abfederung von Härten und zur Rettung der Wirtschaft in die Hand genommen. Vieles ist nun schnell und unbürokratisch möglich, sodass stark davon auszugehen ist, dass die unten vorgeschlagenen Maßnahmen mit entsprechendem Willen leicht umzusetzen sind. Die in diesen Tagen viel zitierte Solidarität wünschen wir uns nicht nur für weiße Nachbar*innen, sondern für alle Menschen. Aus diesem Grund möchten wir den bundesweiten Appell der Flüchtlingsräte zum Anlass nehmen, um direkt an Sie und die gesamte Verwaltung des Altmarkkreis Salzwedel zu appellieren:

1. Wir fordern die dezentrale Unterbringung von Geflüchteten aus den Unterkünften der Lüneburger- und Schillerstraße. Das derzeitige Infektionsrisiko ist nicht zu verantworten. Menschen in Sammelunterkünften sind aufgrund der engen Belegung und der gemeinschaftlichen Nutzung von Bädern Küchen usw. besonders gefährdet sich zu infizieren. Gleichzeitig sind viele von Ihnen ohne Krankenversicherungsschutz nur unzureichend geschützt. Familien haben ein oder zwei Zimmer ohne eigene Koch- und Waschmöglichkeiten. Durch das Kontaktverbot und geschlossene soziale Einrichtungen wird das Familienleben auf engstem Raum sehr anstrengend und unterscheidet sich in diesen Zeiten noch stärker von Familien denen eigene Wohnungen und Häuser zur Verfügung stehen.

Für die Geflüchteten können leerstehende Wohnungen bzw. zur Zeit leerstehende Hotels oder Ferienappartements angemietet werden, um sie dort unterzubringen. Um die Ausbreitung des Corona Virus zu verlangsamen sind bereits viele einschneidende Maßnahmen getroffen worden. Im Angesicht von Schul-, Kitaschließungen und Kontaktverboten ist nicht zu verstehen, warum die Unterbringung von Geflüchteten in Sammelunterkünften beibehalten wird.

Geflüchtete, die einer Risikogruppe angehören müssen unverzüglich Schutz und angemessene Versorgung erhalten.

Bundes- und Landesregierungen fordern ihre Bürger*innen auf, sozialen Abstand zu wahren, sich so wenig wie möglich zu begegnen, hygienische Mindeststandards und Abstand zueinander einzuhalten. All das ist in den Sammelunterkünften nicht möglich. Sollte es in einer der Sammelunterkünfte zu Infektionen kommen, sind sowohl Bewohner*innen als auch das Personal akut bedroht sich zu infizieren. Unhaltbare Zustände wie sie gerade aus in der ZAST in Halberstadt, die unter Zwangsquarantäne steht, berichtet werden, können und müssen im Vorhinein verhindert werden.

2. Wir fordern eine sofortige flächendeckende Öffnung des Gesundheitswesens und einen unbürokratischen Zugang zur regulären Versorgung für alle Menschen. Der eingeschränkte Zugang zu Gesundheitsversorgung in Abhängigkeit vom Aufenthaltstitel und Sozialleistungsanspruch kann in der momentanen Lage über Leben und Tod entscheiden. Auch illegalisierte Menschen und Personen ohne Krankenversicherung müssen behandelt werden. Es muss ausdrücklich zugesichert werden, dass sensible Daten nicht an die Ausländerbehörde übermittelt werden.

3. Wir fordern einen Abschiebestopp und die unbürokratische Verlängerung aller Duldungen und Aufenthaltstitel mit sofortiger Wirkung. Bei geschlossenen Grenzen und weltweiten Reisewarnungen ist es absurd Abschiebungen weiter durchführen zu wollen. Bisher vergibt die Ausländerbehörde weiterhin Termine zur persönlichen Vorsprache, wenn beispielsweise Duldungen verlängert werden müssen, während viele andere Bereiche öffentlicher Verwaltung digital, postalisch oder telefonisch arbeiten. Persönliche Termine erhöhen das Infektionsrisiko aller Beteiligten. Alle Duldungen und Aufenthaltstitel müssen sofort verlängert werden. Abschiebungen sind in der derzeitigen Situation nicht tragbar und müssen auch langfristig eingestellt werden.

4. Wir fordern, dass sämtliche Kürzungen von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz aufgehoben werden müssen. Zur Zeit ist es unmöglich Mitwirkungspflichten auf Grund der äußeren Umstände nachzukommen. Das Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt hat bereits in einem Erlass angeordnet, dass Leistungskürzungen aufzuheben seien. Das Sozialamt muss nun die entsprechenden Bescheide verschicken und alle betroffenen Personen davon in Kenntnis setzen und weitere Gelder auszahlen.

5. Wir fordern, Asylbewerberleistungen soweit wie möglich an die Betroffenen Personen zu überweisen und keine Gutscheine mehr auszugeben. Die den Geflüchteten zustehenden Gelder sollen auf deren Konten überwiesen werden. Auch die Politik der Gutscheinausgabe birgt ein hohes Gesundheitsrisiko, da die Geflüchteten zum Teil alle 14 Tage zum Sozialamt müssen, um sich dort die Gutscheine abzuholen. Dort kommen sie mit anderen Menschen in Kontakt, eine Übertragung des Virus auf sie - oder durch sie - auf andere Besucher*innen sowie auf Mitarbeiter*innen wird so wahrscheinlicher.

Der nächste Gefahrenpunkt ist dann der Einkauf, bei dem die Gutscheine an die Verkäufer*innen übergeben werden. Und das zu einer Zeit in der die Läden ihre Kunde*innen bitten, nur noch mit Karte zu bezahlen, was sehr vernünftig ist. Allerdings sind Gutscheineempfänger*innen gar nicht in der Lage, dieser Bitte nachzukommen.

Wir haben bereits in der Vergangenheit darauf hingewiesen, dass die Ausgabe von Gutscheinen ohnehin abzulehnen ist. Viele Landkreise verzichten auf diese Praxis.

6. Wir fordern die dauerhafte Sicherstellung des Zugangs zu Information, mehrsprachigen Materialien und Vermittlung von zuverlässigen Informationen. Nur so sind die Menschen vor den gesundheitlichen Schäden zu schützen. Geeignete Materialien finden sich online beim Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt und dem Internetauftritt von proAsyl.

7. Wir fordern die Aufhebung der Arbeitsverbote für Geduldete. Es kann nicht sein, dass einerseits dringend Arbeitskräfte in systemrelevanten Bereichen gesucht werden, aber andererseits Menschen, die arbeiten wollen, keine Erlaubnis erhalten, eine Arbeit aufzunehmen. Dies muss dann aber auch zu einem gesicherten Aufenthaltsrecht über die Corona-Krise hinaus führen und nicht dazu, dass die jetzt dringend benötigten Helfer*innen danach wieder abgeschoben werden.

Mit freundlichen Grüßen

eXchange Salzwedel

Aktionsbündnis Solidarisches Salzwedel

Jürgen Brunsch, Vorsitzender DIE LINKE. Stadt Salzwedel